

- 3 **Arbeitszeit** Die Schweiz kann es nicht besser
- 4 **Arbeitswelt** Vielfalt ist Alltag, Diskriminierung auch
- 6 **Einkommenssteuer** Riskante Steuergeschenke
- 7 **Höhere Mehrwertsteuer** Unsozial und schlecht fürs Wachstum

ÖFFENTLICHE INVESTITIONEN

Breite Mehrheit für massive Erhöhung

Die Bevölkerung ist sich weitgehend einig darin, dass der Staat mehr Geld in die Infrastruktur stecken muss – auch wenn dafür neue Kredite nötig sind.

Der Investitionsstau in Deutschland ist unübersehbar: Züge fallen regelmäßig aus, Schulunterricht auch, Krankenhäuser und Brücken sind marode. Um gegenzusteuern, hat die Bundesregierung im vergangenen Jahr das „Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität“ in Höhe von 500 Milliarden Euro auf den Weg gebracht. Damit hat sie einem weit verbreiteten Bedürfnis Rechnung getragen: Schon 2021 sprach sich eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung für zusätzliche öffentliche Investitionen aus. Laut einer aktuellen Untersuchung des IMK hat diese Zustimmung nicht nachgelassen – im Gegenteil: Trotz des Sondervermögens hat der Anteil derjenigen, die noch mehr staatliche Ausgaben befürworten, mit Blick auf die meisten Bereiche der öffentlichen Infrastruktur und unabhängig von der Parteipräferenz zugenommen. Kredite zur Finanzierung dieser Ausgaben gelten einer Mehrheit als akzeptabel. Bevorzugt werden allerdings Umschichtungen in staatlichen Haushalten.

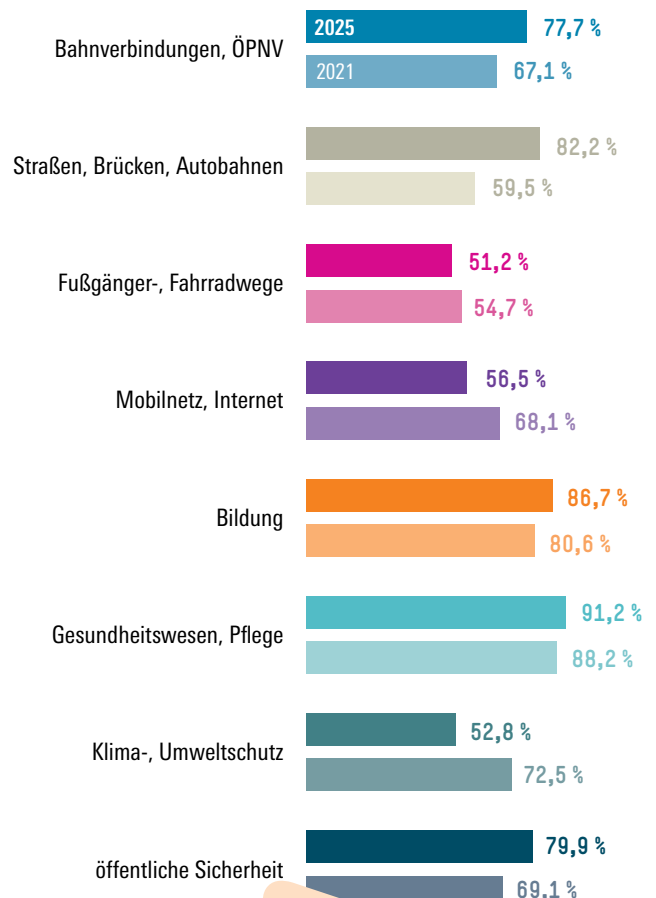
Neun von zehn wollen mehr Geld für Gesundheit und Pflege

Für ihre Analyse haben IMK-Forscher Jan Behringer und IMK-Direktor Sebastian Dullien Angaben von rund 2700 Personen zwischen 18 und 75 Jahren ausgewertet, die im Herbst 2025 an einer repräsentativen Befragung teilgenommen haben, die im Auftrag des IMK durchgeführt wurde. „Die Umfrageergebnisse verdeutlichen, dass die Menschen in Deutschland in praktisch allen zentralen Bereichen eine Ausweitung öffentlicher Investitionen wünschen, wenn auch mit unterschiedlich großen Mehrheiten“, erklären die Wissenschaftler.

Am deutlichsten ausgeprägt ist dieser Wunsch mit Blick auf Gesundheitswesen und Pflege, hier sprechen sich 91 Prozent der Befragten für eine Erhöhung der Ausgaben aus. Mehr Geld für die Bildung befürworten 87 Prozent, für Straßen, Brücken und Autobahnen 82 Prozent, für öffentliche Sicherheit 80 Prozent, für Bahnverbindungen und öffentlichen Nahverkehr 78 Prozent. Auf geringere, aber immer > > >

Erhöhter Investitionsbedarf

So viele Menschen waren der Meinung, dass der Staat seine Investitionen etwas oder stark erhöhen sollte im Bereich ...



noch mehrheitliche Zustimmung treffen Mehrausgaben für Mobilnetz und Internet mit 56 Prozent, für Klima- und Umweltschutz mit 53 Prozent sowie für Fußgänger- und Fahrradwege mit 51 Prozent.

Im Vergleich zur Vorläuferumfrage des IMK von 2021 hat der Anteil derjenigen, die sich für zusätzliche Investitionen aussprechen, mit 23 Prozentpunkten am stärksten bei Straßen, Brücken und Autobahnen zugelegt. Bei der öffentlichen Sicherheit sowie bei Bahnverbindungen und öffentlichem Nahverkehr beträgt das Plus jeweils 11 Prozentpunkte. Rückläufig ist die Tendenz nur in drei Bereichen: Die Zustimmung für mehr Investitionen ist mit Blick auf Klima- und Umweltschutz um 20 Prozentpunkte gesunken, hinsichtlich Mobilnetz und Internet um 12 Prozentpunkte, bei Fußgänger- und Fahrradwegen um 4 Prozentpunkte.

Weitgehender Konsens

„Analysiert man die Investitionswünsche nach der Parteipräferenz, so lässt sich festhalten, dass bei den meisten abgefragten Kategorien die Anhängerinnen und Anhänger aller Parteien mehrheitlich eine Ausweitung der Investitionen wünschen“, schreiben Behringer und Dullien.

Am stärksten polarisiert seien die Einstellungen mit Bezug auf Klima- und Umweltschutz: Bei der Anhängerschaft der Grünen ist die Zustimmung für mehr staatliche Ausgaben in diesem Bereich mit 91 Prozent am größten. Menschen mit Sympathien für die AfD befürworten hingegen zu 58 Prozent eine Senkung der Ausgaben, lediglich 19 Prozent sind für mehr Investitionen.

In Sachen Finanzierung zeige sich, dass „eine große Mehrheit der Bevölkerung einer Kreditaufnahme für öffentliche Investitionen grundsätzlich zustimmt“, heißt es in der Studie. 59 Prozent der Befragten äußern sich entsprechend, 20 Prozent sind in dieser Frage neutral, lediglich 21 Prozent stimmen eher oder überhaupt nicht zu. Die Parteipräferenz scheint dabei eine untergeordnete Rolle zu spielen: Anhängerinnen und Anhänger von Grünen, SPD, FDP, Union und Linken befürworten zu jeweils rund zwei Dritteln kreditfinanzierte Investitionen. Lediglich die AfD-Anhängerschaft ist deutlich skeptischer, aber selbst sie weist eine Zustimmungsrate von 42 Prozent auf.

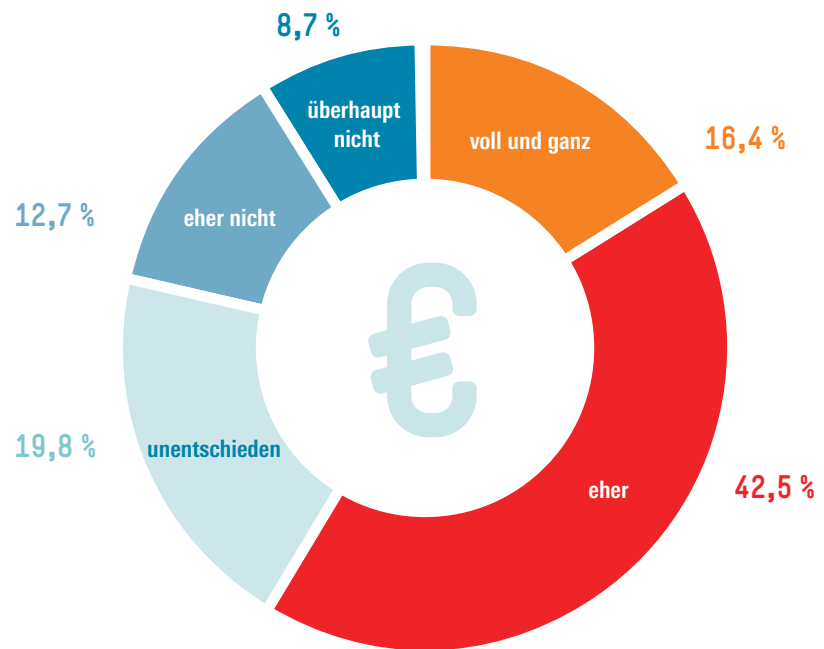
Der Staat muss konsequent investieren

Ungeachtet der grundsätzlichen Offenheit für kreditfinanzierte Infrastrukturausgaben treffen Umschichtungen in den öffentlichen Haushalten auf die größte Zustimmung in der Bevölkerung. Bei der Frage nach der primär gewünschten Finanzierungsoption nennen 66 Prozent Ausgabenkürzungen in anderen Bereichen, 19 Prozent Kredite.

„Insgesamt lassen sich die Ergebnisse dahingehend interpretieren, dass die Bevölkerung in Deutschland die Fi-

Kredite sind mehrheitsfähig

Dass dem Staat die Finanzierung öffentlicher Investitionen durch zusätzliche Kredite erlaubt sein sollte, finden ...



Quelle: IMK 2026

Hans Böckler
Stiftung

nanzierung öffentlicher Investitionen über Kredite in gewissem Umfang akzeptiert – wie es etwa durch das im Rahmen der Schuldenbremsenreform 2025 beschlossene Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität ermöglicht wird. Zugleich wird eine kritische Überprüfung bestehender Staatsausgaben gewünscht, sodass ineffiziente Ausgaben zugunsten öffentlicher Investitionen gekürzt werden“, so Behringer und Dullien. Sie empfehlen, die verfügbaren Mittel aus dem Sondervermögen konsequent für zusätzliche Investitionen einzusetzen, um öffentliche Infrastruktur und Wirtschaft zukunftsfähig zu machen.

Allerdings dürften diese Mittel den Investitionsbedarf, der sich nach Berechnungen des IMK im Jahr 2024 auf mindestens 600 Milliarden Euro belief, selbst bei strikt investiver Verwendung bestenfalls zu zwei Dritteln decken, erklären die Forscher. Daraus ergebe sich weiterer Anpassungsbedarf bei der aktuellen Schuldenregel. „Unsere Ergebnisse legen nahe, dass eine Weiterentwicklung der Schuldenregel, die Raum zur Finanzierung öffentlicher Investitionen schafft, in der Bevölkerung auf breite Zustimmung stoßen dürfte.“ <

Quelle: Jan Behringer, Sebastian Dullien: Trotz Sondervermögen: Deutschlands Bevölkerung wünscht massive Erhöhung öffentlicher Investitionen, IMK Policy Brief Nr. 213, April 2026 [Link zur Studie](#)



MEHR HÖREN

Tankrabbat und Entlastungsprämie – wer profitiert? IMK-Direktor Sebastian Dullien bewertet im Podcast „Systemrelevant“ das Entlastungspaket der Bundesregierung: <https://www.boeckler.de/de/podcasts-22421-was-bringt-das-entlastungspaket-der-bundesregierung-76126.htm>

Die Schweiz kann es nicht besser

Sollten wir so lange arbeiten wie die Schweizer? Ein Blick hinter die Kulissen zeigt: Eine lange Vollzeitnorm begünstigt Gesundheitsprobleme und Ungleichheit zwischen den Geschlechtern.

Noch deutlich höhere Teilzeitquoten als in Deutschland, Stress, emotionale Erschöpfung durch Arbeitsdruck und Zeitnot mit Milliardenkosten für die Wirtschaft – die langen Arbeitszeiten in der Schweiz haben deutliche Nachteile und sind in der Eidgenossenschaft keineswegs unumstritten. Das zeigt eine neue Analyse von WSI-Direktorin Bettina Kohlrausch und der Schweizer Ökonomin Noémie Zurlinden.

In vielen Diskussionen über die Erwerbsarbeitszeit in Deutschland wird auf die Schweiz verwiesen. Ein Vergleich zeige, dass es bei der Ausweitung der individuellen Erwerbsarbeitszeiten in Deutschland noch deutliche Spielräume gebe. Beispielsweise durch eine längere wöchentliche Arbeitszeit oder eine Aufhebung der täglichen Obergrenze, wie sie auch der Bundesregierung vorschwebt. Tatsächlich ist die betriebsübliche oder vertragliche Arbeitszeit bei einer Vollzeitstelle im Nachbarland mit 41,7 Stunden im Schnitt höher als in Deutschland oder anderen EU-Staaten. Doch der oberflächliche Zahlenvergleich greift zu kurz: „Ein detaillierter Blick auf die Schweiz zeigt, dass der gesellschaftliche Preis für diese hohen Arbeitszeiten sehr hoch ist, denn sie wirken sich negativ auf die Gesundheit der Arbeitnehmenden und auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie aus.“

Auffällig ist, dass in der Schweiz nicht nur die Stundenzahl bei Vollzeitbeschäftigung hoch ist, sondern auch die Quote der Teilzeitbeschäftigten. 2024 waren 58 Prozent der Frauen in der Schweiz in Teilzeit erwerbstätig und 21 Prozent der Männer. Damit liegt der Teilzeitanteil sogar noch über den deutschen Werten von 49 beziehungsweise 12 Prozent.

Das Beispiel Schweiz zeigt den Wissenschaftlerinnen zufolge: „Eine hohe Vollzeitnorm führt zu einem hohen Anteil von Teilzeitbeschäftigten.“ Gerade für Frauen sei dies kein nachhaltiger Weg zu einer Ausweitung der Erwerbsbeteiligung. Frauen tragen den deutlich größeren Anteil an unbezahlter Care-Arbeit, also etwa Kinderbetreuung, Haushaltsarbeit oder Pflege. Das gilt in der Schweiz wie in Deutschland und führt dazu, dass Erwerbsarbeit oft nur in Teilzeit möglich ist. Durch die langen Vollzeit-Arbeitszeiten ist dieser Druck in der Schweiz besonders groß.

Deshalb arbeiten Frauen in der Schweiz, bezahlte und unbezahlte Arbeit zusammengerechnet, mehr als Männer und auch mehr als Frauen in Deutschland. Nach Daten des eidgenössischen Bundesamtes für Statistik sind es bei Frauen in der Schweiz insgesamt durchschnittlich 57 Stunden pro Woche, Schweizer Männer kommen auf 54 Stunden. Die Gesamt-Wochenarbeitszeit in Deutschland beläuft sich bei Frauen auf 54 und bei Männern auf 53 Stunden. Auch wenn die Datengrundlagen nicht vollständig vergleichbar

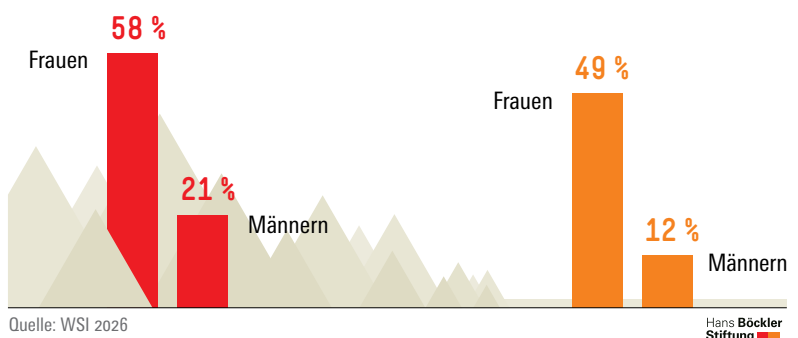
sind, „so ist dies doch ein deutlicher Hinweis auf die hohen Belastungen, die vor allem für Frauen mit hohen Erwerbsarbeitszeiten einhergehen“, so Kohlrausch und Zurlinden.

Lange Arbeitszeiten sind zudem oft mit einer Entzweiung und Fragmentierung von Arbeit verbunden, die besonders belastend sein kann. So zeigt die Europäische Erhebung über die Arbeitsbedingungen, dass entgrenzte Arbeitszeiten und die damit einhergehende Überlagerung von Arbeit und Privatleben sowohl in der Schweiz als auch in Deutschland ein Problem sind – das in der Schweiz aber noch deutlich größer ist. Während schon in Deutschland 19 Prozent der Beschäftigten mehrere Male pro Monat in der Freizeit arbeiten, um die Arbeitsanforderungen zu erfüllen, sind es in der Schweiz sogar 29 Prozent. Zudem hat der Anteil von gestressten Erwerbstätigen Studien zufolge im letzten Jahrzehnt zugenommen. Arbeitsbezogener Stress kostete die Schweizer Wirtschaft unter dem Strich rund 6,5 Milliarden Franken im Jahr. Zudem sinkt die Produktivität bei langen Arbeitszeiten.

Alles in allem zeige der Blick in die Schweiz, dass der Ansatz, die Arbeitszeiten forciert auszudehnen, in die falsche Richtung gehe. Es brauche stattdessen eine Neuverteilung

Lange Vollzeit bringt viel Teilzeit

So hoch ist die Teilzeitquote in der Schweiz und Deutschland bei ...



lung der Sorgearbeit zwischen Männern und Frauen. „Dafür muss es zeitliche Spielräume gerade für Männer geben, einen größeren Anteil der Sorgearbeit zu übernehmen. Eine hohe Vollzeitnorm hätte hier sicherlich eher den gegenteiligen Effekt.“ Ein Ausbau von institutioneller Kinderbetreuung und Pflege sei ebenfalls eine wichtige, wenngleich nicht hinreichende, Voraussetzung für eine Erhöhung der Erwerbstätigkeit von Frauen. Anstatt die Erwerbsarbeitszeiten weiter auszudehnen, sollte außerdem arbeitsverursachter Stress stärker reduziert werden. <

Quelle: Bettina Kohlrausch, Noémie Zurlinden:
Arbeitszeitflexibilisierung und lange Erwerbsarbeitszeiten:
Warum die Schweiz kein Vorbild ist, WSI Kommentar Nr. 8, April 2026 [Link zur Studie](#)

Vielfalt ist Alltag, Diskriminierung auch

Menschen, die anders aussehen, glauben oder lieben als die Mehrheit, haben es im Job oft schwer. Nötig ist eine inklusive Unternehmenskultur.

Bald ist Jubiläum: Das allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) ist seit August 2006 in Kraft. Es soll „Benachteiligungen aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität verhindern und beseitigen“. Dass das Gesetz gebraucht wird, zeigt die Bilanz der Antidiskriminierungsstelle des Bundes: Die Zahl der Beratungsanfragen hat zwischen 2021 und 2023 von rund 5600 auf über 8300 zugenommen.

Fast ein Drittel dieser Anfragen betreffe den Arbeitsmarkt, erklären Annika Feith und Florian Fickler vom WifOR Institute mit Verweis auf eine Auswertung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes. Die Fachleute haben in einer von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Studie untersucht, wie es um Diversität, Chancengerechtigkeit und Inklusion im Arbeitsleben bestellt ist. Die Ergebnisse zeigen: Vielfalt ist aus Sicht vieler Beschäftigter unter Kolleginnen und Kollegen gelebte Realität. Für Führungsebenen gilt das deutlich seltener, und Benachteiligungen bleiben ein Problem. „Die Untersuchung macht dabei sehr deutlich, dass Benachteiligungen eine schwere Hypothek für die direkt Betroffenen sind, aber auch für Gesellschaft und Wirtschaft insgesamt“, sagt Christina Schildmann, Leiterin der Forschungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung. „Eine faire, inklusive Arbeitswelt, sozialer Zusammenhalt und nachhaltiger Unternehmenserfolg hängen eng miteinander zusammen.“

Für ihre Studie haben Feith und Fickler Daten einer eigens für das Projekt durchgeführten Befragung ausgewertet, an der zwischen August 2024 und März 2025 über 2500 abhängig Beschäftigte teilgenommen haben. Die gewichtete Stichprobe ist repräsentativ für abhängig Beschäftigte in Betrieben ab fünf Mitarbeitenden. Um die sechs Dimensionen des AGG abzudecken, wurden die Teilnehmenden gefragt, ob sie selbst oder mindestens ein Elternteil nicht in Deutschland geboren wurden oder Kolleginnen und Kollegen ihnen eine Einwanderungsgeschichte zuschreiben, ob sie weiblich, trans oder divers sind, ob sie einer nicht-christlichen Religion angehören, ob sie eine körperliche, geistige oder psychische Einschränkung oder chronische Erkrankung haben, ob sie unter 30 oder über 59 Jahre alt sind und ob sie sich als queer identifizieren.

Chefetagen sind weniger divers

Laut der Auswertung weisen 85 Prozent der Beschäftigten mindestens ein im AGG geschütztes Merkmal auf, 46 Pro-

zent sogar mehrere. Den Stellenwert von Diversität an ihrem Arbeitsplatz schätzt eine deutliche Mehrheit hoch ein: 76 Prozent sagen, dass ihr Unternehmen viel Wert auf Vielfalt legt, bejahen allerdings nur 47 Prozent. Es schein also eine Umsetzungslücke zu geben, heißt es in der Studie. Besonders deutlich werde das mit Blick auf das Management: Während 62 Prozent ihr Kollegium als vielfältig wahrnehmen, sagen das in Bezug auf die Führungsebene nur 48

Viel Vielfalt

So viele Beschäftigte geben an, dass in ihrem Betrieb ...

Wert auf Vielfalt in der Belegschaft gelegt wird



unterschiedliche Sichtweisen zu Umdenken und Anpassungen führen



Programme oder Initiativen zur Förderung von Vielfalt existieren



Als vielfältig nehmen Beschäftigte wahr ...

ihre Kolleginnen und Kollegen



die Führungskräfte



Quelle: Feith, Fickler 2026

Hans Böckler Stiftung

zent sogar mehrere. Den Stellenwert von Diversität an ihrem Arbeitsplatz schätzt eine deutliche Mehrheit hoch ein: 76 Prozent sagen, dass ihr Unternehmen viel Wert auf Vielfalt legt, bejahen allerdings nur 47 Prozent. Es schein also eine Umsetzungslücke zu geben, heißt es in der Studie. Besonders deutlich werde das mit Blick auf das Management: Während 62 Prozent ihr Kollegium als vielfältig wahrnehmen, sagen das in Bezug auf die Führungsebene nur 48

Prozent. Das deute auf hartnäckige Aufstiegshindernisse und Mechanismen wie die „gläserne Decke“ hin. Stereotype Wahrnehmungen scheinen weit verbreitet zu sein: Ein Fünftel der Befragten fühlt sich von Vorgesetzten oder Kolleginnen und Kollegen „in Schubladen gesteckt“. Erfahrungen mit Diskriminierung gibt es quer über alle Diversitätskategorien. Von Benachteiligung wegen ihrer

nicht-christlichen Religion berichten 16 Prozent der Betroffenen. Bei Alten und Jungen beträgt der Anteil derjenigen, die sich wegen des entsprechenden Merkmals benachteiligt fühlen, jeweils 12 Prozent, bei Behinderten oder chronisch Kranken 11 Prozent, bei Personen mit tatsächlicher oder zugeschriebener Einwanderungsgeschichte 9 Prozent, bei Frauen, Transpersonen und Diversgeschlechtlichen 8 Prozent, bei Nicht-Heterosexuellen 6 Prozent.

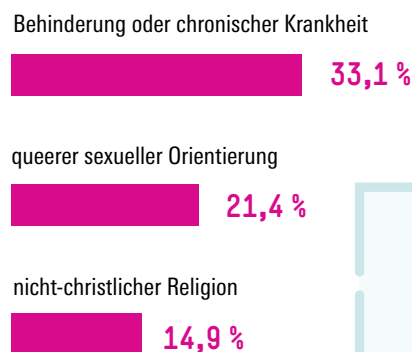
Schon einmal Opfer von Mobbing am Arbeitsplatz waren fünf Prozent der Befragten mit Diversitätsmerkmalen. Der Anteil ist damit fünfmal so groß wie bei der Vergleichsgruppe. Auch bei den Karriereaussichten gibt es eine Unwucht: Dass sie die gleichen Chancen haben wie alle anderen, sagen 87 Prozent derjenigen ohne und 83 Prozent derjenigen mit Diversitätsmerkmal. Dass sie aus Angst vor Stigmatisierung einen Teil ihrer Identität verbergen, trifft auf 33 Prozent der Beschäftigten mit gesundheitlichen Einschränkungen zu, auf 21 Prozent der Nicht-Heterosexuellen und auf 15 Prozent derjenigen mit nicht-christlicher Konfession.

Diskriminierung hat gesundheitliche und ökonomische Folgen

Die Ergebnisse der Studie deuten darauf hin, dass Diskriminierung und Stigmatisierung sich auf das Wohlbefinden der Betroffenen auswirken: Beschäftigte mit Diversitätsmerkmalen berichten zu 65 Prozent von mentaler Erschöpfung und empfinden ihre Arbeitssituation zu 35 Prozent als psychisch belastend, andere Beschäftigte zu 54 beziehungsweise 32 Prozent. Diese statistisch signifikanten Befunde stehen laut der Studie im Einklang mit der empirischen

Angst vor dem Stigma

Dass sie sich wohler fühlen, wenn sie am Arbeitsplatz einen Teil ihrer Identität verbergen, sagen von den Beschäftigten mit ...



Quelle: Feith, Fickler 2026

Hans Böckler
Stiftung

rischen Forschung, die einen engen Zusammenhang zwischen Diskriminierungserfahrungen und psychischer Gesundheit zeigt. Damit sind auch wirtschaftliche Folgen verbunden: höhere Kosten für Arbeitgeber und die Gesellschaft, etwa durch Krankheitsausfälle, ungenutzte Potenziale und eine erhöhte Fluktuation unter Beschäftigten.

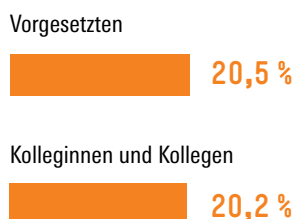
„Trotz rechtlicher Schutzmechanismen besteht Diskriminierung im Arbeitsalltag fort – und zwar über alle im AGG verankerten Vielfaltsdimensionen hinweg“, so das Fazit von Feith und Fickler. Dabei sei Erwerbsarbeit mehr als eine Einkommensquelle, nämlich ein zentraler Ort sozialer Anerkennung, gesellschaftlicher Teilhabe und persönlicher Selbstverwirklichung. „Diskriminierung im Berufsleben wirkt daher doppelt: Sie beschneidet ökonomische Chancen und greift zugleich die psychische Gesundheit und das Selbstwertgefühl der Betroffenen an.“ Eine inklusive Arbeitswelt sei eine notwendige Voraussetzung für nachhaltige Unternehmensentwicklung, sozialen Zusammenhalt und gesamtwirtschaftliche Leistungsfähigkeit.

Damit Unternehmen diesem Anspruch gerecht werden, müssten Vielfalt und Chancengerechtigkeit strukturell verankert werden, etwa durch verbindliche Zielsetzungen, kontinuierliches Monitoring und klar definierte Zuständigkeiten, empfehlen die Forschenden. „Führungsebenen sollten gezielt diverser gestaltet und unterrepräsentierte Gruppen systematisch gefördert werden. Gleichzeitig braucht es eine offene Unternehmenskultur, die Stigmatisierung abbaut und Beschäftigte gezielt für das Thema Diskriminierung sensibilisiert.“ <

Quelle: Annika Feith, Florian Fickler:
Wie steht es um die Chancengerechtigkeit in Deutschland?
Der Status quo von Diversity and Inclusion in der deutschen Beschäftigtenlandschaft,
Working Paper der HBS-Forschungsförderung Nr. 400,
April 2026 [Link zur Studie](#)

Stereotype sind verbreitet

In Schubladen gesteckt fühlen sich Beschäftigte von ihren ...



Quelle: Feith, Fickler 2026

Hans Böckler
Stiftung

Riskante Steuergeschenke

Eine Senkung der Einkommenssteuer ist wenig geeignet, die Wirtschaft in Schwung zu bringen. Sie könnte sogar Wachstum kosten.

Die Bundesregierung diskutiert derzeit eine Senkung der Einkommenssteuer. Erklärtes Ziel: die Mittelschicht entlasten und das Wirtschaftswachstum ankurbeln. Gesamtwirtschaftlich sind diese Pläne laut einer Analyse des IMK problematisch. Denn angesichts der großen finanziellen Herausforderungen in den öffentlichen Haushalten würde sich das Risiko erhöhen, dass die Mittel aus dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaschutz zweckentfremdet werden und Wachstumspotenzial verschenkt wird. Zugleich zeigt die Entwicklung der Einkommenssteuerbelastung der vergangenen Jahre, dass keine Notwendigkeit für eine Senkung besteht.

„Die Lücken in den kommunalen Haushalten und teilweise auch in denen der Länder sind jetzt schon dramatisch“, warnen IMK-Expertin Katja Rietzler und IMK-Direktor Sebastian Dullien. Auf Bundesebene sei auch ohne Steuersenkungen eine Haushaltslücke von insgesamt rund 130 Milliarden Euro in den Jahren 2027 bis 2029 absehbar. Hier räche sich, dass „Haushaltsspielräume für nebensächliche Maßnahmen wie eine Umsatzsteuersenkung auf Speisen in der Gastronomie, die Ausweitung der Mütterrente, die Ausweitung der Entfernungspauschale und die Senkung der Körperschaftsteuer geopfert wurden“, kritisieren die Forschenden.

Die Haushaltslöcher gefährdeten die Wirksamkeit des Sondervermögens. Schon jetzt zeichne sich ab, dass bisher nur ein Teil der Mittel tatsächlich in zusätzliche Investitionen fließe. Eine Einkommenssteuersenkung würde den finanziellen Druck erhöhen und diese Tendenz verstärken. Schließlich dürfte eine Entlastung von 95 Prozent aller Steuerzahlenden um mehrere hundert Euro jährlich, wie sie Finanzminister Lars Klingbeil vorgeschlagen hat, jedes Jahr Milliarden Euro an Mindereinnahmen verursachen. Diese ließen sich durch Steuererhöhungen am oberen Ende der Einkommensverteilung nur zu einem kleinen Teil wieder hereinholen – erst recht, weil die Union solchen Plänen skeptisch gegenübersteht und die Einkommensgrenze für den Spitzensteuersatz anheben möchte.

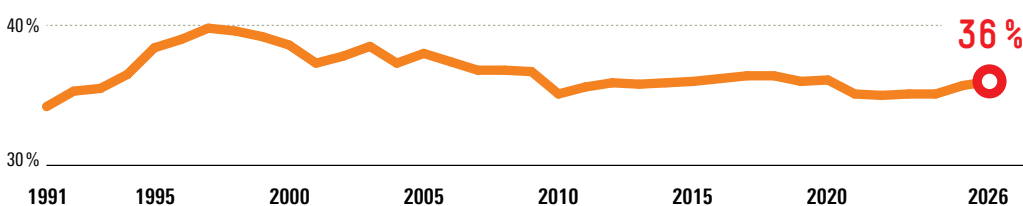
Zudem haben Rietzler und Dullien starke Zweifel, dass eine Einkommenssteuersenkung derzeit wirklich notwendig ist und dem Ziel dienlich wäre, „kleine und mittlere Einkommen“ zu entlasten. Denn viele Haushalte mit geringen Einkünften zahlen kaum oder gar keine Einkommenssteuer. Und für die anderen sei es in den vergangenen Jahren zu einer Entlastung und zum Ausgleich der sogenannten kalten

Progression gekommen. Im Trend habe die finanzielle Belastung durch Steuern und Abgaben abgenommen. Sie sei zurzeit auch für mittlere Einkommen nicht höher als in den 2010er-Jahren und spürbar niedriger als zwischen Mitte der 1990er-Jahre und 2010.

Zum Wirtschaftswachstum würde eine Senkung der Einkommenssteuer laut der Analyse wenig beitragen. Zwar könne sie für sich genommen den Privatkonsum stützen, die gesamtwirtschaftlichen Effekte dürften aber gering sein. Das liege daran, dass insbesondere Haushalte mit höheren Einkommen einen erheblichen Teil der Entlastung nicht für Konsum ausgeben, sondern sparen. Die Wirkung könne verpuffen, wenn im Gegenzug andere Steuern, beispielsweise die Mehrwertsteuer, erhöht werden. Sie verkehre sich vollends ins Negative, wenn stattdessen Ausgaben gekürzt werden – vor allem, wenn es um öffentliche Investitionen geht.

Kein Grund für Steuersenkungen

So hat sich die Belastung durch Einkommenssteuer und Sozialbeiträge entwickelt ...



Quelle: Dullien, Rietzler 2026

Hans Böckler
Stiftung

„Die deutsche Wirtschaft hat derzeit vor allem das Problem, dass aufgrund massiver geopolitischer Verschiebungen, einer protektionistischen Handelspolitik der USA und aggressiver Industriepolitik aus China der Export lahm und zugleich die energieintensive Industrie unter gestiegenen Rohöl- und Erdgaspreisen leidet“, so die Forschenden. Senkungen der Einkommenssteuer seien hier wenig hilfreich, Investitionen in Infrastruktur und Innovationen eindeutig die wirkungsvolleren Instrumente. „Das bedeutet, dass die Regierung beim Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität nachschärfen sollte, sodass sich tatsächlich ein möglichst großer Teil der Mittel auch in zusätzlichen öffentlichen Investitionen niederschlägt.“

Mittelfristig führe bei realistischer Analyse kein Weg an Steuererhöhungen vorbei – vor allem zur Finanzierung der stark erhöhten Verteidigungsausgaben. „Diese sollten von allen Mitgliedern der Gesellschaft gemäß ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit getragen werden“, resümieren Rietzler und Dullien. <

Quelle: Sebastian Dullien, Katja Rietzler: Einkommensteuersenkungen: Teuer, mit fraglicher Wirkung und am Problem vorbei, IMK-Kommentar Nr. 20, April 2026 [Link zur Studie](#)

Unsozial und schlecht fürs Wachstum

Die Regierung erwägt eine Erhöhung der Mehrwertsteuer. Das wäre nicht nur unsozial, sondern würde auch den Aufschwung gefährden.

Die Mehrwertsteuer anheben, um Löcher im Bundeshaushalt zu schließen und möglicherweise noch Senkungen bei der Einkommensteuer oder einzelnen Sozialbeiträgen zu finanzieren? Diese Idee wird laut Medienberichten in der Bundesregierung geprüft. Doch was sich nach einer einfachen Lösung anhört, belastet Haushalte mit niedrigeren Einkommen und Familien überproportional stark. Zudem treibt eine Mehrwertsteuererhöhung die Inflation weiter an und bremst die Konsumlaune sowie die Bautätigkeit. Das zeigt eine Analyse von Sebastian Dullien und Silke Tober vom IMK.

Die Mehrwertsteuer belastet ärmere Haushalte, die einen größeren Teil ihres Einkommens ausgeben, stärker als solche mit hohem Einkommen. Familien sind stärker belastet als Paare ohne Kinder oder Alleinstehende, weil sie bei gleichem Einkommen ebenfalls mehr für ihren Konsum ausgeben. Beispielsweise würde die Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes um einen Prozentpunkt eine Familie mit zwei Kindern und einem niedrigen Bruttoeinkommen von etwa 3800 Euro im Monat um knapp elf Euro zusätzlich belasten. Das entspräche etwa 0,3 Prozent ihres Bruttoeinkommens. Bei Alleinlebenden mit sehr hohem Einkommen von mehr als 13000 Euro brutto monatlich wären es lediglich gut 0,1 Prozent.

Um dem entgegenzuwirken, wurde wiederholt vorgeschlagen, im Gegenzug den reduzierten Satz der Mehrwertsteuer zu senken. Dadurch würden beispielsweise Grundnahrungsmittel oder Tickets im Personenverkehr günstiger, für die Familien und Haushalte mit geringem Einkommen einen größeren Anteil ihres Einkommens ausgeben als Besserverdienende. Eine Erhöhung des Regelsatzes von 19 Prozent um einen Prozentpunkt bei gleichzeitiger Senkung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes um zwei Prozentpunkte würde tatsächlich dazu führen, dass die meisten Haushaltstypen am Ende per Saldo nicht oder nur geringfügig belastet würden. Allerdings wäre bei einer solchen Kombination auch der fiskalische Nutzen relativ gering: Während eine isolierte Erhöhung der Mehrwertsteuer um einen Prozentpunkt dem Bund über acht Milliarden Euro Zusatzeinnahmen bringen würde, wären es bei gleichzeitiger Senkung des ermäßigten Satzes um zwei Punkte nur 4,6 Milliarden Euro.

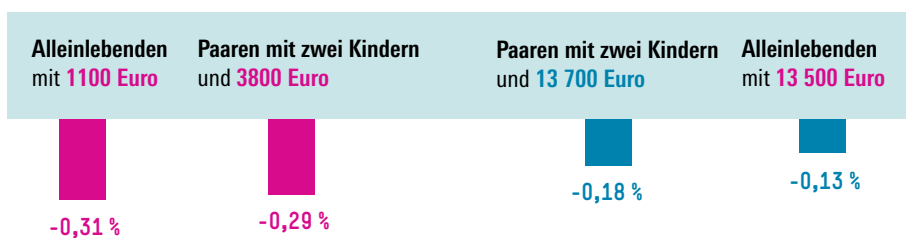
Sollen die Mehreinnahmen nennenswert sein, müsste also stärker erhöht werden. Eine von einigen Ökonomen vorgeschlagene Anhebung um drei Prozentpunkte bei gleichzeitiger Absenkung des ermäßigten Satzes um zwei Prozentpunkte würde dem Bund zwar 21 Milliarden Euro einbringen, aber wiederum alle Haushalte spürbar belasten.

Dabei würden erneut ärmere Haushalte stärker belastet als Besserverdienende und Familien stärker als Alleinstehende. Neben der sozialen Schiefelage gibt es ein zweites Problem: Eine Mehrwertsteuererhöhung treibt die Inflation an. Nach den Berechnungen des IMK würde eine Kombination aus drei Prozentpunkten beim normalen und zwei Prozentpunkten beim ermäßigten Satz die Inflationsrate um fast einen Prozentpunkt steigern. Der Effekt könnte sogar noch höher ausfallen, da nicht sicher ist, ob der Handel die Senkung des ermäßigten Satzes vollständig an die Verbraucherinnen und Verbraucher weitergeben würde. Steigende Preise würden den privaten Konsum und den Wohnungsbau bremsen und damit die Konjunktur belasten. Zudem würde der Druck auf die Europäische Zentralbank steigen, die Zinsen zu erhöhen. Zinserhöhungen wiederum würden die Investitionstätigkeit dämpfen.

Von Ideen, die Wirtschaft anzukurbeln, indem Einnahmen aus einer höheren Mehrwertsteuer in eine Senkung der Einkommenssteuer oder der Sozialabgaben fließen, halten die Forschenden wenig. Der Grund: Solche Umschichtungen kommen insbesondere bei ärmeren Haushalten gar nicht an. Viele von ihnen zahlen kaum oder gar keine Ein-

Mehrwertsteuer belastet ärmere Haushalte stärker

So verringert eine Erhöhung der Mehrwertsteuer **um einen Prozentpunkt** das Bruttoeinkommen von ...



Quelle: IMK 2026

Hans Bäckler
Stiftung

kommenssteuer. Und würden beispielsweise die Krankenkassenbeiträge gesenkt und der Fehlbetrag durch Zahlungen des Bundes an die Versicherungen ausgeglichen, würde nur die Hälfte der Entlastung auf die Haushalte entfallen, während die andere Hälfte an die Unternehmen gehen würde.

Hinzu kommt ein psychologisches Phänomen: Frühere IMK-Untersuchungen haben gezeigt, dass Entlastungen bei der Einkommenssteuer oder bei Sozialabgaben oft nicht vollständig wahrgenommen werden, höhere Preise hingegen sehr wohl. Daher drohten negative Auswirkungen auf die Konsumstimmung, warnen die Forschenden. <

Quelle: Sebastian Dullien, Silke Tober: Mehrwertsteuererhöhung: Schlechte Politik zum falschen Zeitpunkt, IMK Kommentar Nr. 19, April 2026 [Link zur Studie](#)

IMPRESSUM

Herausgeberin: Hans-Böckler-Stiftung · Georg-Glock-Straße 18 · 40474 Düsseldorf

Verantwortlich: Dr. Claudia Bogedan, Geschäftsführerin; Rainer Jung, Leiter Öffentlichkeitsarbeit der Hans-Böckler-Stiftung

Redaktion: Dr. Philipp Wolter (Leitung), Jörg Hackhausen, Dr. Kai Kühne, Sabrina Böckmann, Katja Wolf

Kontakt: redaktion-impuls@boeckler.de · Telefon: +49 211 77 78-0

Druck und Versand: digiteam · Joachim Kirsch · info@digiteam.de

Nachdruck nach Absprache mit der Redaktion und unter Angabe der Quelle frei www.boecklerimpuls.de

Sie erhalten von uns die gedruckte Ausgabe des Böckler Impuls. Sie können sie jederzeit abbestellen.

Kontaktieren Sie uns dazu gerne telefonisch oder senden Sie uns eine E-Mail an redaktion-impuls@boeckler.de.

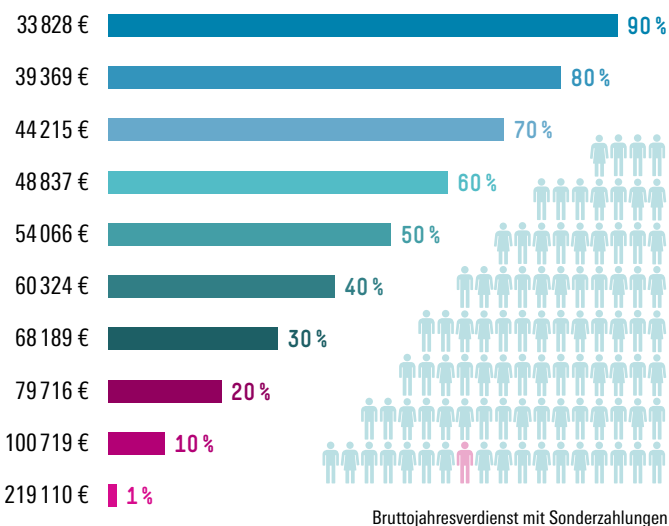
Statt der Printausgabe können Sie hier die Digitalausgabe bestellen: www.boeckler.de/de/impuls-bestellen.htm

Weitere Informationen gem. Art. 13 & 14 DSGVO zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erhalten Sie unter: www.boeckler.de/datenschutz/DSGVO_Printmedien_Presse.pdf

LÖHNE

Ein Prozent verdient mehr als 200 000 Euro

Von allen Vollzeitbeschäftigten verdienten 2025 mehr als ...



Quelle: Destatis, März 2026 [Link zur Studie](#)

GESUNDHEIT

Depression häufig schon bei Jüngeren

So hoch war 2024 die Zahl der Krankenhausaufenthalte aufgrund von Depressionen bei ...

10- bis 19-Jährigen	33 910
20- bis 39-Jährigen	76 320
40- bis 59-Jährigen	82 290
60- bis 79-Jährigen	55 260
über 80 Jährigen	13 720

Quelle: Destatis, April 2026 [Link zur Studie](#)

ARBEITSMARKT

Weniger Auszubildende

Im Jahr 2025 haben rund 461 800 Personen eine duale Berufsausbildung begonnen. Das waren 2,8 Prozent weniger als im Vorjahr. Damit setzte sich der leichte Rückgang aus 2024 fort, nachdem 2021 bis 2023 noch leichte Zuwächse zu verzeichnen gewesen waren. „Das ist besorgniserregend“, so WSI-Direktorin Bettina Kohlrausch. „Zurecht war Deutschland immer stolz auf sein duales System, das auch Menschen ohne Hochschulreife gute Einstiege in stabile und erfolgreiche Erwerbsbiografien ermöglicht. Doch jetzt bleiben viele Jugendliche ohne Ausbildungsplatz, weil Angebote fehlen. Es braucht daher dringend eine Weiterentwicklung der Ausbildungsplatzgarantie, die wirklich jedem Jugendlichen einen individuellen Rechtsanspruch auf einen Ausbildungsplatz ermöglicht.“ <

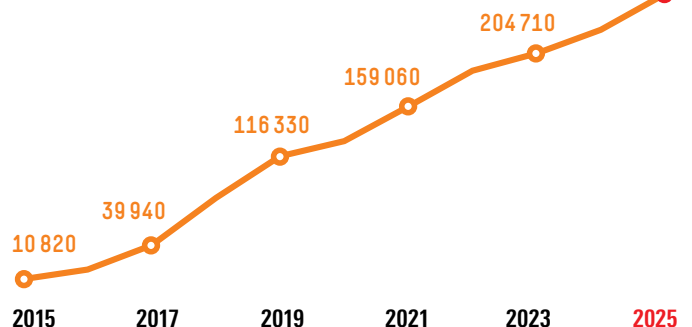


Quelle: Destatis, April 2026 [Link zur Studie](#)

ZUWANDERUNG

Mehr Menschen aus Syrien in Arbeit

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit syrischer Staatsangehörigen betrug ...



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, März 2026 [Link zur Studie](#)